

Anfrage Nr. 26

der Abgeordneten Dr. Wuermeling und Genossen

betr.: Reiseverkehr mit dem Saargebiet.

Die geltenden Ein- und Ausreisevorschriften für das Saargebiet wirken sich als eine empfindliche Störung des wirtschaftlichen und persönlichen Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und dem Saargebiet aus und bedeuten eine schmerzliche psychologische Belastung des Verhältnisses zwischen dem Saargebiet und Frankreich. Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat deshalb am 10. November 1949 in einer einstimmig gefaßten EntschlieÙung über die Koblenzer Landesregierung Verhandlungen der Bundesregierung mit dem Ziel ange-regt, den deutschen Bundesangehörigen mit gültigem Personalausweis die Einreise in das völkerrechtlich zu Deutschland gehörende Saargebiet und die Einreise der deutschen Bewohner des Saargebietes mit gültigem Personalausweis nach den übrigen Teilen Deutschlands zu ermöglichen.

Wir bitten die Bundesregierung um Mitteilung über den Stand der in Verfolg des Koblenzer Landtagsbeschlusses geführten Verhandlungen.

Bonn, den 9. Dezember 1949

Dr. Wuermeling
Leonhard
Dr. Dresbach
Frau Dr. Weber
Junglas

Dr. Orth
Frau Dietz
Dr. Pünder
Dr. Lehr

Becker
Schüttler
Dr. Vogel